

Freihandelsgespräche trotz Spionageaffäre

Auftakt zur zweiten Runde / Industrie warnt vor Panikmache durch Umweltschützer

hmk./rike. BRÜSSEL/BERLIN, 11. November. Trotz der derzeit wegen der Spionageaffäre schwierigen Beziehungen haben die Vereinigten Staaten und die EU am Montag in Brüssel die Gespräche über ein umfassendes Freihandelsabkommen fortgesetzt. Die Chefunterhändler, Ignacio Garcia Berceo für die Europäer und Dan Mullaney für die Amerikaner, wollen in der bis Freitag angesetzten zweiten Verhandlungsrunde über Dienstleistungen, Investitionen, die Energie- und Rohstoffversorgung sowie Regulierungsfragen reden. Anfang kommenden Jahres wollen beide Seiten dann erstmals konkrete Vorschläge für das angestrebte transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen vorlegen.

Die EU und die Vereinigten Staaten hatten die Freihandelsverhandlungen Anfang Juli aufgenommen. Die zweite Verhandlungsrunde sollte ursprünglich im Oktober stattfinden. Die Amerikaner hatten sie aber wegen der Schließung der öffentlichen Verwaltung während des Streites um den Bundeshaushalt abgesagt. In der Zwischenzeit hatten europäische Politiker und das Europäische Parlament eine Unterbrechung der Freihandelsgespräche gefordert, nachdem neue Details über Ausspähaktivitäten der Amerikaner in Europa bekannt geworden waren. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten sich aber Ende Oktober auf ihrem Gipfel-

treffen in Brüssel für die Fortsetzung ausgesprochen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) begrüßte das am Montag. Gerade jetzt, wo die transatlantischen Beziehungen „in einer schwierigen Situation“ seien, könnten konstruktive Verhandlungen das Vertrauen wieder stärken, sagte Stefan Mair, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung.

Amerikaner und Europäer wollen Verhandlungen über das Freihandelsabkommen möglichst bis Ende kommenden Jahres abschließen. Das gilt als extrem ehrgeizig, nicht zuletzt deshalb, da es in dem Abkommen nicht so sehr um den Abbau von Zöllen geht, sondern darum, Regeln und technische Standards anzugleichen. Umweltschützer warnten am Montag davor, dass das Abkommen europäische Umwelt- und Verbraucherschutzstandards senken könnte. Es gehe um die Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen auf den Äckern, die Aufweichung von Klimaschutzmaßnahmen und um die Gefahren giftiger Chemikalien, teilte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) mit. Umgekehrt sperren sich die Amerikaner etwa dagegen, dass mit dem Abkommen die Bevorzugung einheimischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen eingeschränkt werden könnte.

Politiker und Wirtschaftsvertreter wiesen die Kritik von Umwelt- und Ver-

braucherschützern an den Verhandlungen zurück. Der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Kurt Lauk, sprach von Panikmache. Die Warnungen der Freihandelsgegner vor einer Aushöhlung von Sicherheits-, Arbeits- und Gesundheitsstandards seien völlig überzogen. Ein Abkommen mit Handelserleichterungen in allen Feldern würde dem EU-Bruttoinlandsprodukt bis 2027 jährlich 86 Milliarden Euro zusätzlich bescheren.

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Volker Treier, warnte davor, „falsche Ängste zu schüren“. Das Abkommen werde weder in Amerika noch in Europa geltende Gesetze und Vorschriften in Frage stellen. „Der Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren sowie die avisierten einfacheren Marktzugänge setzen deutliche wirtschaftliche Impulse frei, ohne staatliche Budgets zu belasten“, sagte Treier. Der BDI rechnet mit 100 000 neuen Arbeitsplätzen in Deutschland, wenn das Abkommen wie geplant in Kraft tritt. Nach einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie des Center for Economic Policy Research in London darf Europa auf wirtschaftliche Zugewinne von 119 Milliarden Euro im Jahr hoffen, Amerika auf bis zu 95 Milliarden Euro.